

Der allmächtige Dollar

von Marcus Junkelmann, ©MoneyMuseum

»The dollar has become another word, an almost sacred word, for money in every language.«

(Senator Benjamin A. Javits, 1951)

Der Dollar ist ein Teil der von den U.S.A. geprägten Weltkultur der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts wie die englisch-amerikanische Sprache, die multinationalen Konzerne, die Blue Jeans, Mc Donald's oder Coca Cola. Doch im Vergleich mit Jeans oder Coke haben wir es hier mit einem wahrhaft fundamentalen Problem der Weltwirtschaft und der Weltpolitik zu tun, denn von Wohl und Wehe des Dollar hängen ganz wesentlich die grossen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen für einen Grossteil der Menschheit ab.

Die dominierende Bedeutung des Dollar ist in Parallele mit dem Aufstieg der U.S.A. zur Supermacht und zum kulturellen Trendsetter der westlichen Welt erfolgt. Sie wurde durch den 1. Weltkrieg eingeleitet und kam durch den 2. Weltkrieg zum Durchbruch. Die Internationalisierung des Dollar und des »American Way of Life« waren nicht Ausfluss eines planmässigen Imperialismus, sondern erfolgten in einem Wechselspiel von objektiven Gegebenheiten und wechselnden politischen und wirtschaftlichen Konstellationen, die in ihren Ursachen zunächst ausserhalb der Einwirkungsmöglichkeit der U.S.A. lagen. Nachdem die Grundlagen dieser Internationalisierung aber durch die beiden Weltkriege und ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen gelegt waren, boten sich diese Verhältnisse freilich zur Systematisierung im Sinne eines - meist sehr schwer durchschaubaren - »Imperialismus« an.

Die Kolonialzeit: Von der Tabakwährung zum Dollar

Die Anfänge der grossen Weltwährung des 20. Jahrhunderts waren bescheiden und konfus. Die englischen Kolonisten, die sich 1607 in Virginia und 1620 in Neuengland festgesetzt hatten, brachten als Währung das englische Pfund mit, doch war der Bestand an Münzen so gering, dass zu allen möglichen Ersatzzahlungsmitteln gegriffen werden musste, Mais, Biberpelzen, Tabakblättern, indianischen Wampumbändern und manch anderem Notbehelf. Auch in der Folgezeit änderte sich nicht viel an dieser Bargeldknappheit, da den Kolonien eigene Münzprägung untersagt war bei gleichzeitigem Verbot, aus England Münzen auszuführen, und da wegen der chronisch passiven Handelsbilanz mit dem Mutterland mehr Geld aus den amerikanischen Besitzungen ab- als zufloss.

Man muss sich dabei vor dem Trugschluss hüten, bereits während der Kolonialzeit in den künftigen U.S.A. ein »Land der unbegrenzten Möglichkeiten« zu sehen. Lukrativen, von allen Seemächten begehrten und erbittert umkämpften Kolonialbesitz stellten damals die karibischen Inseln dar mit ihrer grosse Gewinne abwerfenden Produktion von Rohrzucker, Indigo und übrigen tropischen und

subtropischen Erzeugnissen. In Virginia und den anderen Südkolonien wurden - in weit geringerem Umfang - vergleichbare »cash-crops« angepflanzt, vor allem Tabak, so dass ihnen zunächst das Hauptinteresse der englischen Investoren galt. Die Nordostkolonien gewannen erst an wirtschaftlicher Bedeutung, als Schifffahrt und Handel im späteren 17. und im 18. Jahrhundert ein kräftigen Aufschwung nahmen. Es entstand der berühmte Dreieckshandel zwischen Afrika, Amerika und England. Auf Schiffen aus Neuengland und New York wurden Negersklaven vom Schwarzen Kontinent in die Karibik gebracht, wo sie wegen der ungeheuren klimatisch bedingten Sterblichkeit dringend benötigt und gut bezahlt wurden. Damit und mit dem Erlös für nordamerikanische Produkte wie Salzfleisch, Pökelfleisch und Holz, an denen in der Karibik Mangel herrschte, kauften die amerikanischen Händler dann Melasse zum Rumbrennen, Zucker und andere westindische Produkte ein, die sie mit hohem Gewinn in den nordamerikanischen Kolonien und in England verhandelten. Das wichtigste Zahlungsmittel, das bei diesen Transaktionen in die Taschen der englisch-amerikanischen Händler floss, war nicht das englische Pfund, sondern der spanische Peso. Auch die Kaperfahreei, d.h. legalisierte Seeräuberei, die während der dauernden englisch-spanischen Kriege von nordamerikanischen Häfen aus betrieben wurde und die vornehmlich der spanischen Silberflotte galt, brachte viele Pesos in die nordamerikanischen Kolonien.

Pesos, Taler und »dolares«

Die Spanier produzierten dank der Ausbeutung der südamerikanischen Silberminen seit dem 16. Jahrhundert eine noch nie dagewesene Menge an Münzen mit tiefgreifenden Folgen für den europäischen Geldmarkt. In Spanien herrschten wie im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation die Habsburger. So kam es, dass sich der Name der im Reich gebräuchlichsten Silbermünze, des Talers (Abkürzung für Joachimstal, einem Silbergebiet in Böhmen, wo er zuerst produziert wurde) auf den gleichschweren spanischen Peso übertrug und zwar in der Verballhornung »dolares«, woraus im angelsächsischen Sprachbereich dann »dollars« wurden.

Wenn auch das Pfund weiterhin die offizielle Währung in den englischen Kolonien war, zirkulierten dort tatsächlich sehr viel mehr spanische Dollars als englische Pfundmünzen. Da aber reguläres Geld, gleich welcher Provenienz, rar blieb, kamen die improvisierten Zahlungsmittel während der ganzen Kolonialzeit nie ausser Gebrauch und wurden sogar im ausgehenden 17. Jahrhundert durch eine fortschrittlichere Variante ergänzt, nämlich durch das erste echte Papiergeld der westlichen Welt. 1690 begann Massachusetts mit der Ausgabe von Papiernoten, womit nicht gegen das königliche Münzregal verstossen wurde. Andere Kolonien folgten, 1729 verfasste Benjamin Franklin, der Prototyp des vielseitigen Selfmademan, ein Pamphlet zur Verteidigung des Papiergeldes, das den Titel trug »A Modest Inquiry into the Nature and Necessity of Paper Money«. Franklin, der nicht nur den Blitzableiter erfunden, sondern auch das amerikanische Motto »Time

is money« geprägt hat, schrieb diesen Traktat nicht ganz ohne Eigeninteresse, denn er übernahm dann die sehr einträgliche Aufgabe, die Papiernoten für die Kolonie Pennsylvania zu drucken.

Das kreative Chaos der Kolonialzeit wird als prägend für die Herausbildung der U.S.-amerikanischen Währungsmentalität angesehen: Improvisationsfreudigkeit, Geringschätzung solider Finanzierungsprinzipien, Neigung zum risikoreichen Spekulieren, Bereitschaft, hohe Inflationsraten hinzunehmen.

Die Geburt der U.S.A. und ihres Währungssystems

Nachdem die langwierigen Kolonialkämpfe gegen Frankreich 1763 zugunsten Grossbritanniens und seiner Kolonien entschieden waren, kam es rasch zur Entfremdung zwischen dem Mutterland und seinen amerikanischen Untertanen. Diese wollten ohne Vertretung im Parlament keine neuen Steuern bezahlen, fühlten sich durch die Handels- und Manufakturgesetzgebung benachteiligt und zum Rohstofflieferanten degradiert und durch Massnahmen zum Schutz der Indianer an der erhofften Westausdehnung in das Gebiet zwischen Appalachen und Mississippi gehindert. 1775 kam es nach langen Querelen zum bewaffneten Konflikt und zur Revolution gegen die Krone. Am 4. Juli 1776 erklärten die Vertreter der 13 britischen Kolonien sich unter Berufung auf die Menschenrechte und das Widerstandsrecht gegen einen tyrannischen Monarchen für unabhängig und nannten sich von nun an »United States of America«. Der bis 1783 dauernde Revolutions- oder Unabhängigkeitskrieg war zugleich ein Bürgerkrieg innerhalb der 13 Staaten, da nicht wenige Amerikaner als Loyalisten zum Mutterland hielten. Entschieden wurde der Kampf durch den Kriegseintritt Frankreichs, Spaniens und der Niederlande auf Seiten der Rebellen.

Die Loslösung von Grossbritannien war im Währungswesen schon vorgezeichnet gewesen. Von den konkurrierenden Währungen liess man bei Ausbruch der Revolution das Pfund fallen und erhob den spanischen Dollar zum Standardzahlungsmittel. Da es mit den Finanzen der um ihre Unabhängigkeit ringenden Staaten katastrophal bestellt war, verfiel das vom Kontinentalkongress in Philadelphia in Massen ausgegebene Papiergeld (»Continental Currency«) einer so vollständigen Inflation, dass seine Wertlosigkeit zum Sprichwort wurde (»Not worth a Continental«). Ohne die militärische und finanzielle Hilfe Frankreichs wäre der Krieg nie zu gewinnen gewesen.

Für die französische Monarchie erwies sich diese Hilfestellung freilich als ausgesprochen kontraproduktiv. Man hatte sich zwar am englischen Erbfeind für die vergangenen Niederlagen revanchiert, doch war für Frankreich ausser Ruhm und Ehre nichts Substantielles herausgekommen. Was aber blieb, waren das stimulierende Vorbild des Freiheitskampfes der amerikanischen Patrioten gegen ihren König und ein riesiger Berg von Schulden. Der Versuch, dieser Schulden unter Einbeziehung der Volksvertretung Herr zu werden, führte direkt in die

Französische Revolution. Es war kein Zufall, dass die Pariser Aufständischen den Schlüssel der Bastille an George Washington schickten, den siegreichen Kommandeur der amerikanischen Patrioten. Die Trophäe hängt heute noch in Mount Vernon, dem virginischen Herrensitz des Generals und ersten Präsidenten des neuen Staatsgebildes.

Der spanische Silberdollar als Nationalwährung

Auf Anregung Thomas Jeffersons, eines anderen Virginiers, der der Verfasser der Unabhängigkeitserklärung war und der dritte Präsident der Republik werden sollte, wurde 1785 der spanische Silberdollar (»Spanish milled dollar«) zur Nationalwährung gemacht, und zwar in Dezimalteilung, was ein bahnbrechendes Novum im internationalen Währungssystem darstellte. Das heute noch übliche Symbol für einen Dollar, ein zweifach senkrecht durchgestrichenes S (\$) erinnert an den spanischen Ursprung der U.S.-Währung. Sie hatte sich aus der Abkürzung P8 für Peso (»Piece of 8«) entwickelt.

Heftig stritt man um die Frage, ob die 1 Dollar-Münze den Kopf der »Liberty«, der Freiheitsgöttin, tragen sollte, oder den George Washingtons. Auf eigenen Wunsch des Nationalhelden, der sich nicht in eine monarchenähnliche Stellung drängen lassen wollte, fiel die Entscheidung zugunsten der Göttin.

1792 erging das von Washingtons Finanzminister Alexander Hamilton entworfene Münzgesetz (»Coinage Act«), durch das der U.S.-Dollar in eine Zweimetall-Währung umgewandelt wurde. Das Verhältnis der Silber- zur Goldmünze wurde auf 1:15 festgesetzt (1834 zu 1:16 korrigiert). Hamilton, der für eine starke Zentralgewalt eintrat und diese durch die Finanzkraft der wohlhabenden und wirtschaftlich unternehmenden Kreise stützen wollte, war es auch, der 1791 gegen starke Widerstände die Schaffung einer »Bank of the United States« erwirkte, deren Existenz allerdings auf 20 Jahre begrenzt wurde.

Führer der Opposition gegen den machtsstaatlichen, kapitalfreundlichen Kurs war Thomas Jefferson, das Haupt der republikanischen Partei, wobei es sich übrigens um die Vorläufer der heutigen Demokraten handelte und keineswegs um die der späteren republikanischen Partei, die erst 1854 im Zuge der Antisklavereibewegung gegründet wurde. Hamilton und Jefferson standen für einen fundamentalen Gegensatz in der Interpretation der Verfassungsprinzipien, nach denen sich das öffentliche Leben in den U.S.A. gestalten sollte. Es war ein Gegensatz, der auch grosse finanz- und währungspolitische Sprengkraft besass. Jefferson, der einer der bedeutendsten Köpfe war, welche die Aufklärung hervorgebracht hat, schwebte als Ideal ein Land freier selbständiger Farmer vor. Politischem Zentralismus sowie der Konzentration wirtschaftlicher Macht in der Hand kapitalstarker Unternehmer, Händler und Bankleute misstraute er zutiefst. Er war damit der Sprecher der Staaten im Süden und im Westen, deren agrarische und partikularistische Interessen mit diesem Ideal in Einklang standen. Farmer und Pflanzer waren auch der

Überzeugung, billiges Geld unter Inkaufnahme inflationärer Tendenzen sei für sie segensreich, da dann ihre Produkte leichter verkauft werden könnten. Derartige Forderungen wurden von Seiten der Vertreter der Landwirtschaft im Laufe der Geschichte der U.S.A. wieder und wieder erhoben.

Hamilton fand dagegen Unterstützung in den Handels- und Geschäftskreisen, die in den Küstenstädten der Neuengland- und Mittelatlantikstaaten den Ton angaben. Viele seiner Massnahmen erwiesen sich als grundlegend, wenn sich auch die Republikaner, nachdem sie 1801 an die Macht gekommen waren, nach Kräften bemühten, möglichst viel vom Werk ihrer Gegner rückgängig zu machen oder in ihrem Sinne zu modifizieren. Die »Bank of the United States« liess man 1811 sang- und klanglos eingehen.

Chaos und Ordnungsversuche: Die Zeit bis zum Bürgerkrieg

Nachdem die Nachwehen des Revolutionskrieges und die Turbulenzen der Gründungsphase überwunden waren, erlebte die junge Republik ein rapides Wachstum, sowohl was die Grösse der Bevölkerung anbetraf, als auch in der Ausdehnung ihres Territoriums und in ihrer Wirtschaftskraft. Hatte 1770, also am Vorabend der Revolution, die Bevölkerung der 13 Kolonien 2,2 Millionen gezählt, lebten 1790 in den U.S.A. bereits 3,9 Millionen Menschen, 1800 5,3, 1810 7,2, 1820 9,6, 1830 12,9, 1840 17, 1850 23,2 und 1860, vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges, 31,5 Millionen. Die Zusammensetzung der Einwanderer veränderte sich im Laufe der Jahrzehnte. Im 17. und 18. Jahrhundert hatte es sich hauptsächlich um Engländer, Schotten, Iroschotten und Walliser gehandelt, nur in Pennsylvania und in New York gab es substantielle Minderheiten nichtangelsächsischer Herkunft, im einen Falle Deutsche, im anderen Holländer. Und in die südlichen Kolonien und späteren Südstaaten wurde eine ab dem späten 17. Jahrhundert rasch steigende Menge von Negersklaven gebracht. Deren Zahl belief sich um 1770 auf etwa 400.000, 1860 waren es 4 Millionen, wozu noch 460.000 freie Neger kamen (davon die Hälfte im Norden). Im 2. Drittel des 19. Jahrhunderts verschob sich die Struktur der Einwanderer sehr erheblich, indem nun massenweise Iren, Deutsche und Skandinavier ins Land strömten.

Durch den Friedensschluss von 1783 war das grosse, von Weissen bisher weitgehend unbesiedelte Gebiet zwischen Appalachen und dem Mississippi an die U.S.A. gefallen, dessen Erschliessung im ausgehenden 18. und in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erfolgte. 1803 erwarb man das riesige Louisianaterritorium, das vom Mississippi bis an die Rocky Mountains reichte, von Frankreich, 1819 Florida und die Golfküste bis zum Mississippi von Spanien. 1836 erkämpften sich die zumeist aus den U.S.A. eingewanderten Texaner ihre Unabhängigkeit von Mexiko, 1845 liessen sie sich von Washington annektieren, was fast unverzüglich zu einem Krieg zwischen den U.S.A. und Mexiko führte (1846/1847), der mit dem vollständigen Sieg der ersteren und dem »Erwerb« des heutigen Südwestens der U.S.A. bis zur Pazifikküste endete. Gleichzeitig löste man die Grenzfrage mit Kanada im Oregongebiet, so dass 1848 die Republik ihren

endgültigen territorial geschlossenen Besitzstand erreicht hatte. Später sollten nur mehr Alaska durch Kauf von Russland (1867) und Hawaii durch Annexion (1898) dazukommen.

Der Durchschnittsamerikaner lebte vor dem Bürgerkrieg noch in einer ländlichen Umgebung, wenn auch 1860 nurmehr 40% der Bevölkerung eigentliche Farmer und Landarbeiter waren. Lediglich ein Sechstel bewohnte Städte mit über 8.000 Menschen. Dennoch war der Trend zur Verstädterung unverkennbar, vor allem in den nördlichen und mittleren Atlantikstaaten. Das Bevölkerungswachstum der Städte übertraf den Landesdurchschnitt um mehr als das Doppelte. Im einwohnerstärksten Ballungsgebiet, dem Grossraum New York-Brooklyn, lebten 1860 bereits über eine Million Menschen.

Wie die Verstädterung hatte auch die Industrialisierung in der Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem den Nordosten erfasst. Handel, Seefahrt und Schiffsbau hatten in diesen Staaten eine alte Tradition. Um 1850 bauten die Amerikaner die grössten und schnellsten Segelschiffe aller Zeiten und waren dabei, die Tonnage der britischen Handelsschiffahrt zu übertrumpfen. Dann aber stellte sich ein schwerer Rückschlag ein. Obwohl das Dampfschiff eine Erfindung des Amerikaners Robert Fulton war, versäumte man es, im Gegensatz zu den Briten, die Hochseeschiffe rechtzeitig auf die neue Technik umzurüsten. Die Kaperfahrer der Südstaaten fügten dann während des Bürgerkrieges der Handelsflotte schweren Schaden zu, vor allem indem sie viele Schiffe zur Flucht unter fremde Flaggen veranlassten. Erst während des Ersten Weltkrieges erreichte die Tonnage der amerikanischen Handelsschiffahrt wieder den Stand von 1855.

»König Baumwolle«

Die meisten anderen Industriezweige waren jedoch, begünstigt durch Schutzzölle, in stetigem Aufschwung begriffen. Von untergeordneter Bedeutung war zunächst noch die Schwerindustrie, sie sollte durch den Materialverbrauch des Bürgerkrieges eine gewaltige Stimulanz erhalten. Zwei Drittel des Eisen- und Stahlbedarfs, darunter auch der grösste Teil der Eisenbahnschienen, wurde noch 1860 aus England importiert. Der wichtigste Industriezweig war vor dem Bürgerkrieg die Textilherstellung. Der ungeheure Aufschwung der baumwollverarbeitenden Industrie in Massachusetts und den anderen Neuenglandstaaten verlief parallel mit dem explosionsartigen Ansteigen der Baumwollproduktion in den Südstaaten während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

»King Cotton«, »König Baumwolle« hatte erst durch die Erfindung der Baumwollentkernungsmaschine Eli Whitneys (1793) seine Herrschaft im Süden angetreten. Vorher waren die Erzeugung von Reis, Indigo, Zuckerrohr, Hanf und vor allem von Tabak weit bedeutender gewesen. Gleichzeitig wuchs der Bedarf der Textilindustrien in England, Frankreich und den Nordstaaten enorm an, ein Bedarf, der bis zum Bürgerkrieg fast ausschliesslich mit den Exporten der Südstaaten

gedeckt wurde, so dass diese eine Art weltweiter Monopolstellung besaßen. Waren 1791 4.000 Ballen im Jahr produziert worden, so waren es zehn Jahre später 100.000 Ballen, 1835 über eine Million und 1860 fünf Millionen, welche letztere wertmässig zwei Drittel des ganzen Exports der U.S.A. ausmachten.

Die industrielle Entwicklung hinkte allerdings weit hinter der des Nordens her. Das lag im wesentlichen daran, dass das Kapital des Südens in viel höherem Masse durch den Besitz von Boden und vor allem von Arbeitskräften gebunden war. Nur der Einsatz eines Millionenheeres von Negerklaven hatte den Baumwollboom des 19. Jahrhunderts ermöglicht. Billige weisse Arbeitskraft war in den tiefergelegenen Gebieten des Südens, in denen die grossen Monokulturen betrieben wurden, nur schwer zu bekommen. Das war vor allem in der übermächtigen Konkurrenz des Sklavensystems begründet, das unter den gegebenen Umständen wirtschaftlicher war als freie Arbeit und europäische Einwanderer abschreckte.

Die umstrittene Sklavereifrage war es zwar in erster Linie, die das Land in zwei sich immer heftiger befehdende Teile spaltete, doch gab es daneben noch eine ganze Reihe weiterer Probleme, die für Konflikt zwischen den Nord- und Südstaaten sorgten. Dazu gehörte ganz besonders die Frage der Schutzzölle, die der Nordosten für seine junge Industrie forderte, die der Süden aber nicht zu zahlen gewillt war, da er agrarische Produkte exportierte, Industrieerzeugnisse dagegen einführen musste. Hierüber kam es zu ersten scharfen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Südstaaten und der Bundesregierung. Letztere befand sich hier in einer Interessengemeinschaft mit dem Nordosten, denn die Zölle stellten die weitaus wichtigste unter den damals noch sehr spärlichen Einnahmequellen des Bundes dar.

Aber wenn es auch der Bundesregierung chronisch an Geld mangelte, das Land lebte im Vergleich mit anderen Nationen in ausgesprochenem Wohlstand. Am Vorabend des Bürgerkrieges waren die Vereinigten Staaten mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von 128 Dollar nach Australien und etwa gleichauf mit Grossbritannien das zweitreichste Land der Erde, der Nordosten für sich allein genommen stand mit 181 Dollar pro Kopf mit Abstand an der Spitze. Getrübt wurde dieses strahlende Bild freilich durch die auf Überspekulation zurückzuführenden »Paniken«, deren schwerste in der Vorkriegszeit in die Jahre 1837 und 1857 fielen. Sie trafen am härtesten den kapitalabhängigen Nordosten, zogen aber auch schon Grossbritannien und weite Teile Europas schwer in Mitleidenschaft, da dort amerikanische Wertpapiere in grossem Stil gehandelt wurden.

Beteiligung an amerikanischen Unternehmungen, vor allem am kräftig aufstrebenden Eisenbahnbau, waren höchst attraktiv, da hohe Zinsen in Aussicht gestellt wurden, wie sie in der Alten Welt fast nirgends zu haben waren. Das Geld der europäischen Aktionäre wurde auch dringendst benötigt, da die kolossale Aufgabe der raschen Erschliessung des Landes mit den Finanzmitteln der U.S.A. allein unmöglich in so kurzer Zeit hätte bewältigt werden können.

Zum Verkauf: Land im Überfluss

Die Grundlage für die überhandnehmende Spekulation bildeten die ungeheuren Flächen billigen Bodens, die während des 19. Jahrhunderts in den westlichen Territorien zur Verteilung gelangten. Um den Aufbau anzukurbeln, gab der Bund, der diese Territorien verwaltete, das Land zu Spottpreisen an Siedler sowie an Unternehmer ab, von denen erwartet wurde, dass sie rasch die erforderliche Infrastruktur an Strassen, Kanälen und Eisenbahnlinien schufen. Sobald das geschehen war, nahm der Wert des Bodens natürlich enorm zu. Die Aussicht auf schnelle Gewinne in astronomischer Höhe verführte nun viele Spekulanten dazu, riesige Flächen aufzukaufen. Das hierfür erforderliche Geld liehen sie sich bei einer der zahllosen, völlig unkontrollierten Banken, die es überall im Lande gab. Als nun Präsident Andrew Jackson im Dezember 1836 in einem seiner einsamen Entschlüsse verfügte, dass Bundesland nur noch gegen Barzahlung in Gold oder Silber abgegeben werden durfte, zerschmetterte er damit nicht nur die Spekulation, sondern den ganzen Geldmarkt der U.S.A. Selbst einige der gleichfalls hochverschuldeten Bundesstaaten sahen sich veranlasst, die Zahlung sämtlicher Schulden zu verweigern. Die aus der Panik von 1837 resultierende schwere Wirtschaftskrise dauerte bis 1841 und kann als Musterfall für diese Art von Katastrophen gelten, welche die U.S.A. während des 19. Jahrhunderts in Abständen von durchschnittlich etwa zwei Jahrzehnten heimsuchten.

Es gab noch eine zweite Massnahme, mit der »Old Hickory«, wie der volkstümliche Andrew Jackson genannt wurde (seine Gegner bevorzugten den Namen »King Andrew I«), tief in das amerikanische Wirtschaftsgeschehen eingriff, und das war sein fanatischer Kampf gegen die 1819 neugegründete »Bank of the United States«. In guter Jeffersonscher Manier sah der ehemalige General aus Tennessee in der Zentralbank ein Instrument ausbeuterischer, undemokratischer Manipulationen. Er verweigerte dem »Monster« die Verlängerung der Lizenz und verteilte die Bundesgelder auf bevorzugte Banken in den Bundesstaaten (»pet banks«). Das ohnehin chaotische Währungs- und Finanzsystem wurde durch diesen Kraftakt noch weiter verwirrt.

Die Zeit vor dem Bürgerkrieg war nämlich von einem Wildwuchs im Bankenbereich geprägt, der seinesgleichen sucht. Nicht nur dass die Einzelstaaten ihre eigenen Banken besaßen, die sich fleissig der Gelddruckpresse bedienten, Hunderte von Privatbanken unterschiedlichster Grösse und Seriosität (unter ihnen die aus naheliegenden Gründen an abgelegenen Standorten etablierten »wildcat-banks«) produzierten Banknoten und brachten sie in Umlauf. Der unübersehbare Wirrwarr schuf natürlich ideale Arbeitsbedingungen für die Hersteller von Falschgeld. Kurz vor dem Bürgerkrieg zirkulierten in den U.S.A. etwa 7.000 verschiedene Banknoten, von denen etwa die Hälfte als »verdächtig« einzustufen war.

Der Goldrausch

Ende der 1840er Jahre erlebte der Geldmarkt eine dramatische Entwicklung. Ursache war, dass 1848 in Kalifornien Gold gefunden wurde, worauf der berühmte Goldrausch losbrach. Schon 1834 hatte Präsident Andrew Jackson das Verhältnis von Gold zu Silber von 1:15 zu 1:16 ändern lassen. Silber war nun angesichts der sinkenden Goldpreise unterbewertet, und es herrschte ein chronischer Mangel an Silbermünzen wie überhaupt an »small change«. Das nach wie vor zirkulierende spanisch-mexikanische Silbergeld konnte diesem Missstand nur teilweise abhelfen. Ab 1849 wurden die dringend benötigten Ein-Dollar-Stücke aus Gold geprägt. Der Anstieg der Goldproduktion war in der Tat eindrucksvoll. Sie stieg von 889.000 \$ im Jahre 1847 auf 10 Millionen im Jahre 1848, 40,9 Millionen im Jahre 1849, 50,4 Millionen im Jahre 1850, womit ein Höhepunkt erreicht war, doch fiel sie auch in den Folgejahren nicht unter 40 Millionen. Das Silbergeld verschwand in den 1850er Jahren faktisch aus dem Geldverkehr, zumal auch die ausländischen Münzen Ende dieses Jahrzehnts als reguläres Zahlungsmittel abgeschafft wurden. Man blieb aber trotzdem im Grundsatz bei der Zweimetall-Währung.

Ein Ende bereitet wurde damals auch der bis dahin trotz ihrer Verfassungswidrigkeit weitverbreiteten privaten Münzprägung. Kupfermünzen, die nicht als Teil der offiziellen Währung galten, wurden dagegen in grosser Artenvielfalt weiterhin von Privatunternehmern geprägt und verbreitet.

Für die Finanzen des Bundes verfiel man, nachdem Andrew Jackson der Zentralbank das Lebenslicht ausgeblasen hatte, auf den Ausweg, ein System über das Land verstreuter unabhängiger Filialen zu etablieren, die oft zugleich auch Zollstationen und Münzprägestätten waren. Dieses »Independent Treasury System« wurde 1840 begründet und existierte bis 1920.

Der Bürgerkrieg und seine Auswirkungen

Bei den Präsidentschaftswahlen 1860 siegten die Republikaner, eine Partei, die ausschliesslich Interessen der Nordstaaten vertrat - Beschränkung der Sklaverei, hohe Schutzzölle, kostenlose Abgabe von Bundesland an Siedler, Ausbau der Verkehrswege mit Bundesgeldern. Der Süden antwortete mit der verfassungsmässig fragwürdigen Massnahme der Sezession und versuchte, einen unabhängigen Staatenbund aufzubauen, die Konföderierten Staaten von Amerika (C.S.A.). Über der Frage des Bundeseigentums in den abgefallenen Südstaaten kam es 1861 zum offenen Krieg, dem Sezessions- oder Bürgerkrieg (Civil War).

Der Norden verfügte über eine so drückende Übermacht an Menschen, Finanzen und Material, dass an seinem Sieg wenig Zweifel bestehen konnten, vorausgesetzt, die Bevölkerung war bereit, die schweren Opfer eines langwierigen Angriffskrieges zu tragen, und vorausgesetzt, es kam zu keiner Intervention europäischer Mächte.

Auf letztere setzte der Süden seine grösste Hoffnung, da er der Überzeugung war, die englische Industrie würde ohne die amerikanische Baumwolle zusammenbrechen. Diese Hoffnung materialisierte sich nicht.

Die Kosten: Menschenleben und Inflation

Der Bürgerkrieg dauerte vier Jahre (1861-1865) und stellte die schwerste Zerreissprobe dar, der die U.S.A. im Laufe ihrer Geschichte ausgesetzt waren. 630.000 Soldaten kamen ums Leben, mehr als die Vereinigten Staaten in allen Kriegen des 20. Jahrhunderts zusammengenommen verloren haben. Entsprechend gewaltig waren die wirtschaftlichen Anstrengungen und Auswirkungen dieses »ersten der modernen Kriege«. Für den Süden bedeutete die Niederlage den vollständigen Ruin. Die Finanzierung war durch Kriegsanleihen und die hemmungslose Ausgabe von Papiergeld erfolgt. Das eine wie das andere war bei Kriegsende vollkommen wertlos. Der aus den deutschen Inflationen des 20. Jahrhunderts geläufige traurige Witz, man trage beim Einkaufen das Geld mit dem Korb zum Markt und die Ware in der Börse heim, stammt aus den Südstaaten der Bürgerkriegszeit. Weite Landstriche waren systematisch zerstört worden, die entschädigungslose Befreiung von 3,5 Millionen Negersklaven bedeutete einen gigantischen Eigentumsverlust und beraubte die Wirtschaft ihrer traditionellen Grundlage.

Da man auf den Krieg völlig unvorbereitet gewesen war, hatte auch der Norden grosse Schwierigkeiten, seine überlegenen Ressourcen zu mobilisieren und zur Geltung zu bringen. Die Finanzierung geschah hier gleichfalls ganz vorwiegend durch Anleihen, deren Verkauf mit phänomenalem propagandistischem Geschick der Bankier Jay Cooke betrieb, und durch Ausgabe von ungedecktem Papiergeld. Beides zusammen belief sich bis Kriegsende auf den damals ungeheuren Betrag von über 2,6 Milliarden Dollar. Obwohl die Besteuerung gegenüber der Vorkriegszeit erheblich angehoben wurde - unter anderem gab es die erste Einkommenssteuer der U.S.-Geschichte -, brachten die Steuern insgesamt nur knapp 670 Millionen Dollar ein.

Mit der Sezessionskrise von 1860 und dem Kriegsausbruch 1861 hatte auch im Norden eine rasch fortschreitende Inflation eingesetzt, die durch die zahlreichen militärischen Rückschläge noch verschlimmert wurde. Anfang 1862 erging der »Legal Tender Act«, durch den die Ausgabe von »United States Notes« ohne Golddeckung zunächst in Höhe von 150 Millionen, schliesslich aber von 450 Millionen Dollar verfügt wurde. Nach der grünen Rückseite nannte man diese Bundesnoten »Greenbacks«. Sie erreichten ihren Tiefpunkt 1864, als sie auf weniger als die Hälfte des Gegenwerts in Gold absanken. Dann aber trat eine Erholung ein, da es in der zweiten Jahreshälfte immer deutlicher wurde, dass der Norden den Krieg gewinnen würde.

Ab 1864 machte auch die Vereinheitlichung der Papiergeldausgabe grosse Fortschritte. Das in diesem Jahr begründete »National Banking System« privilegierte die Bundesbanken gegenüber den anderen Herstellern von Papiergeld, vor allem nachdem ein Jahr später die Banknoten aus nicht bundeseigenen Pressen mit Steuern belegt wurden. Chronisch blieb der Mangel an Kleingeld. Silbermünzen gab es faktisch nicht mehr, man griff zu allen möglichen Notbehelfen wie dem Gebrauch von Briefmarken als regulärem Zahlungsmittel. 1864 geriet auch die Ausgabe von Kupfergeld unter die Regie des Bundes. Die Inschrift »In God we trust« (ab 1865) ist ein Zeugnis der Bürgerkriegsmentalität.

Der Aufschwung in den Nordstaaten

Trotz aller Engpässe und Währungskrisen stellte der Krieg für die Ökonomie des Nordens eine ungeheure Stimulanz dar. Da die Opposition der Südstaaten weggefallen war, konnte der Kongress hohe Schutzzölle beschliessen, die seither kennzeichnend blieben für die Wirtschaftspolitik der U.S.A. Nicht zu Unrecht hat man gesagt, dass der Krieg die industrielle Entwicklung im Norden um etwa eine Generation beschleunigt hat. Der Boom kam aber auch der Landwirtschaft zugute. Wie der Süden ein halbes Jahrhundert davor von der Mechanisierung der Baumwollernte durch Whitneys »Cotton Gin« profitiert hatte, machte nun die Weizenproduktion im Mittelwesten enorme Fortschritte dank des massenhaften Einsatzes der von Cyrus Hall McCormick erfundenen Erntemaschine. Die Menschenknappheit während des Bürgerkrieges forcierte die Mechanisierung der Landwirtschaft ganz erheblich, 1861 bis 1865 stieg die Zahl der Erntemaschinen von 100.000 auf 250.000. Die U.S.A. wurden zum grössten Weizenexporteur der Welt. Der Anstieg der Ausfuhr gestaltete sich nicht weniger dramatisch als es der des Baumwollexports gewesen war. 1760 waren von den englischen Kolonien 12.000 Tonnen Weizen exportiert worden, 430.000 Tonnen waren es 1860, sechs Millionen Tonnen im Jahre 1890. Weltweit sinkende Getreidepreise waren die Folge.

Von grösster Bedeutung für die agrarische wie für die industrielle Entwicklung war der Ausbau der Verkehrswege, vor allem der Eisenbahnen. Am Vorabend des Bürgerkrieges besaßen die Vereinigten Staaten ein Schienennetz von 30.000 km Länge, wovon über zwei Drittel auf die Nordstaaten fielen. Der Bürgerkrieg war der erste grosse »Eisenbahnkrieg« der Geschichte. Während ein Grossteil des Schienennetzes im Süden der systematischen Zerstörung anheimfiel, wurden die Verbindungen im Norden energisch ausgebaut. Am Ende des Krieges gab es 53.000 km Schienen, und dieser Trend hielt ungebrochen an: 1873 war das Netz auf 100.000 km angewachsen. 1869 wurde die erste Transkontinentalbahn vollendet, zu Beginn des 20. Jahrhunderts verfügten die U.S.A. über mehr als 4.000.000 km Schienen, was fast die Hälfte aller auf der Welt existierenden Eisenbahnstrecken ausmachte.

»Das vergoldete Zeitalter«

Den Namen »Das vergoldete Zeitalter« (»The Gilded Age«) gab Mark Twain den auf die Bürgerkriegskrise folgenden Gründerjahren der amerikanischen Wirtschaftsgrossmacht. In seinem gleichnamigen Buch führte er die mentalen Wurzeln dieser Epoche auf die Umwälzungen der Kriegs- und Nachkriegszeit zurück: »Die acht Jahre von 1860 bis 1868 entwurzelten in Amerika jahrhundertalte Einrichtungen, veränderten die Politik eines Volkes, wandelten die Gesellschaftsordnung des halben Landes um und wirkten sich so gründlich auf den Nationalcharakter aus, dass der Einfluss nicht geringer veranschlagt werden kann als der von zwei oder drei Generationen.«

1870 hatte sich das Pro-Kopf-Einkommen in den Nordstaaten gegenüber 1860 verdoppelt, die Zahl der Industriebetriebe war im gleichen Zeitraum um 80% gestiegen, das geschätzte Volksvermögen im Norden und Westen hatte sich von 10 auf 25 Milliarden Dollar erhöht. Für die Mentalität der Zeit ist es auch typisch, dass 1870 dreimal so viele Patente erteilt wurden wie zehn Jahre zuvor. Fast alle Wirtschaftszweige und Landesteile - ausser dem Süden - waren von diesem atemberaubenden Aufschwung betroffen. Für einige junge Industrien verlief er jedoch besonders spektakulär.

Die Förderung von Erdöl im Westen Pennsylvanias, mit der man erst Ende der 50er Jahre begonnen hatte, vervierfachte sich im Laufe des Krieges. Der Ertrag der Silberminen in Nevada und anderen Staaten des Westens kletterte von 150.000 Dollar im Jahre 1860 auf 38 Millionen Dollar im Jahre 1876. Eisen und Kohle, bereits durch den Krieg enorm gefördert, erlebten in den Nachkriegsjahren einen ungeheuren Boom, als man am Oberen See immer neue Lager hochwertiger und leicht abbaubaren Eisenerzes fand und gleichzeitig neue Methoden der Stahlherstellung entwickelt wurden, die den amerikanischen Verhältnissen entgegenkamen (Bessemer-Verfahren). Auf dem Wasser- und Schienenweg transportierte man das Eisenerz nach Chicago, Cleveland, Milwaukee und vor allem nach Pittsburgh, das in der Nähe der grossen Kohlefelder von Westpennsylvania lag. Diese günstigen Gegebenheiten, die Initiative dynamischer Unternehmer wie Andrew Carnegie und Abraham Hewitt und nicht zuletzt der Schutzzoll liessen die U.S.A., die noch 1860 fast alle ihre Eisenbahnschienen aus England bezogen hatten, in den 70er Jahren neben Grossbritannien und Deutschland zum grössten Eisen- und Stahlproduzenten der Welt werden, zur Jahrhundertwende sollten sie unangefochten an der Spitze stehen. Hand in Hand mit dem Aufstieg der Stahlindustrie ging die Ausdehnung des Kohleabbaus, der sich zwischen 1865 und 1880 verdreifachte. Das reichlich vorhandene Holz war bis zum Bürgerkrieg die wichtigste Energiequelle gewesen, die Entwicklung der Stahlindustrie brachte den grossen Umschwung.

John D. Rockefeller

Bis in die frühen 70er Jahre hinein war die amerikanische Industrie von einer grossen Vielzahl miteinander konkurrierender, meist kleiner und mittlerer Unternehmen gekennzeichnet. Dann begann ein Konzentrationsprozess, dem viele der Kleinen zum Opfer fielen und der auf die Bildung von sogenannten »Trusts« zurückzuführen war. Darunter verstand man Interessengruppen innerhalb eines Wirtschaftszweiges, die ihre Preisstrategie untereinander absprachen, um die Risiken unregelmässigen, oft genug ruinösen Wettbewerbs zu vermeiden und möglichst ökonomisch zu produzieren. Die Folge war, dass durch derartige Zusammenschlüsse gewaltige Industrieimperien entstanden, die von wenigen Gesellschaften und Grosskapitalisten kontrolliert wurden. Der Pionier der Trustbildung war John D. Rockefeller mit seiner Standard Oil Company, die er 1870 in Cleveland, Ohio, ins Leben rief. Innerhalb eines Jahrzehnts machte er Standard Oil zur grössten und reichsten Industrieorganisation der Welt und beherrschte die ganze amerikanische Ölindustrie. Er erreichte das durch ein Höchstmass an innerbetrieblicher Effizienz und eine gnadenlose Verdrängungspolitik gegenüber seinen Konkurrenten. Entscheidend war es, dass es ihm gelang, die Eisenbahngesellschaften, die sein Öl transportierten, gegeneinander auszuspielen und niedrigere Frachtgebühren zu erhalten als die anderen Ölfirmen, deren Preise er dann in ihren Absatzgebieten so lange unterbot, bis er ihnen den Markt abgenommen hatte.

Rockefeller gehörte zu einem neuen Typ von Unternehmern, von denen Senator John Sherman in einem Brief an seinen Bruder, den berühmten Nordstaatengeneral, schrieb: »Die Wahrheit ist, dass das Ende des Krieges unsere Schätze noch unangetastet sieht und unsere führenden Kapitalisten in einem grossartigen Massstab denken lässt, der über alles hinausgeht, was in diesem Land bisher unternommen worden ist. Sie sprechen von Millionen mit einer Zuversicht wie früher von Tausenden.«

Männer wie John D. Rockefeller, Andrew Carnegie, John Pierpont Morgan, Jay Cooke, Cornelius Vanderbilt, George Pullman, Cyrus H. McCormick, Gustavus Swift, Jay Gould und Andrew Hewitt waren die eigentlichen Helden einer Ära, die man das heroische Zeitalter des amerikanischen Grosskapitalismus nennen könnte. Bewundert und gehasst, übertrafen sie die meisten Politiker ihrer Zeit bei weitem an wirklichem Einfluss und wurden zu Leitbildern, denen alle nacheiferten, die den Traum vom Selfmademan teilten. Während des Bürgerkrieges und des ersten Nachkriegsjahrzehnts legten sie die Grundsteine zu den gigantischen Vermögen der amerikanischen Plutokratie.

Der schwindelerregende Erfolg und Reichtum dieser Männer bildete das eine Extrem eines von krassestem Sozialdarwinismus geprägten Wirtschaftssystems. Das andere war der Abstieg vieler Kleinunternehmer und das Elend der Arbeitermassen. Man darf freilich nicht übersehen, dass, jedenfalls materiell betrachtet, für die Mehrzahl der Bevölkerung die Vorteile überwogen.

Massenproduktion und Massentransport durch Grossindustrie und Eisenbahn senkten die Preise für viele Konsumgüter und trugen zum steigenden Lebensstandard der Zeit bei.

Auch die Farmer bekamen die negativen Folgen des Fortschritts kräftig zu spüren. Der Export bedingte eine schwer berechenbare Abhängigkeit vom Weltmarkt, die Überproduktion führte zu Preisverfall, der Schienentransport lieferte den Farmer den Eisenbahngesellschaften aus, die ihm in ihrer Monopolstellung die Preise diktieren konnten. 1870 brachte der Weizen nur mehr den halben Preis von 1867.

Ein besonders brennendes Anliegen der Farmer, wie anderer unter Kapitalknappheit leidender Kreise der Bevölkerung, war der Kampf um billiges Geld. Der Währungsstreit bewegte nach dem Krieg auf viele Jahre die Gemüter. Ausgangspunkt waren die erwähnten 450 Millionen Dollar ungedecktes Papiergeld (»Greenbacks«), die während des Krieges auf verfassungsmässig fragwürdiger Grundlage ausgegeben worden waren. Die Vertreter von Handel und Finanz wollten eine solide Goldwährung haben, da die dauernd schwankende Relation zwischen Papier- und Metallwährung für ihre Geschäfte irritierend war. Nicht zuletzt hätte es für das Grosskapital einen enormen Gewinn bedeutet, wenn der Bund die in Papiergeld eingegangenen Kriegsschulden in Gold hätte zurückzahlen müssen. Die meist verschuldeten Farmer im Süden und Westen wollten dagegen das Papiergeld beibehalten und möglichst sogar neues billiges Geld ausgegeben sehen, auch wenn das die Inflation anheizen musste. Hätten sie ihre Verbindlichkeiten zum Goldpreis zurückzahlen müssen, wäre das für sie ruinös gewesen. Die Industrie war sich uneins. Die kreditbedürftigen, stark expandierenden Unternehmen wie die Eisenbahn und die Stahlindustrie waren gleichfalls für billiges Geld. Es bildete sich sogar eine »Greenback-Party«, die ganz offen auf die inflationäre Ausgabe von Papiergeld drängte.

Wirtschaftskrise und Bankrotte

1875 beschloss der Kongress im »Resumption Act«, die Greenbacks zwar beizubehalten, ihren Umlauf aber um mehr als 100 Millionen zu verringern und zum 1. Januar 1879 die Golddeckung wiederherzustellen. Zu diesem Kompromiss zwischen den Verfechtern von »hard money« und »soft money« hatte ganz wesentlich die schwere Wirtschaftskrise beigetragen, die auf die »Panik« von 1873 folgte. Beginnend mit dem Zusammenbruch der grossen Kreditfirma Jay Cookes im September 1873, war es zu einer Kettenreaktion von Bankrotten gekommen, die besonders viele der allzu verschuldeten Eisenbahngesellschaften traf.

Die Krise, die jährlich Tausende von Unternehmen zerstörte und eine Arbeitslosigkeit verursachte, die sich 1876 auf 14 % belief, kam erst 1879 zum Stillstand. Sie war nicht das einzige Symptom des ungesund überheizten Wirtschaftsklimas jener Jahre. Ab 1870 erschütterte ein Korruptionsskandal nach

dem anderen das Land und machte die zynische Gewinnsucht weiter Kreise in Wirtschaft und Politik deutlich.

Aber all diese Missstände konnten der Attraktivität der U.S.A. für den Rest der Welt wenig Abbruch tun, zumal die Wirtschaftskrise der 70er Jahre Europa nicht weniger heimsuchte als die Neue Welt. Mehr denn je strömten die Einwanderer in das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. 1870 lebten in den U.S.A. 38,5 Millionen Menschen, 1880 über 50 Millionen, 1890 fast 63 Millionen und zur Jahrhundertwende 76 Millionen, womit sich die Bevölkerung innerhalb von 30 Jahren fast verdoppelt hatte. Die Zusammensetzung dieser Massen von Neubürgern begann sich zu verschieben und das von den Angelsachsen mit starken irischen und deutschen Beimengungen dominierte Bevölkerungsbild zu verändern. Vor allem kamen im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts Millionen von Süd- und Osteuropäern ins Land, Italiener, Polen, Ungarn, Russen, Juden, die alle bis dahin nur eine ganz geringe Rolle gespielt hatten. Damit zeichnete sich das wahrhaft kosmopolitische Völkergemisch ab, zu dem die Vereinigten Staaten in den Jahrzehnten vor und nach der Jahrhundertwende werden sollten.

Die Schlacht der »Silberisten« und der »Goldkäfer«

In der Zeit zwischen 1875 und 1896 kam es zu einem langen und erbitterten Kampf zwischen den Anhängern der Silber- und der Goldwährung, den »Silverites« und den »Gold-bugs«. Die Frage »Silber oder Gold« entzweite die Nation kaum weniger als es wenige Jahrzehnte zuvor die Sklavereifrage getan hatte. »Freies Silber« war nach Ansicht der Historiker Morison und Commager zwanzig Jahre lang »die aufregendste politische Angelegenheit für das amerikanische Volk«.

Die Brisanz des Silberproblems hatte vor allem zwei Gründe: die Verschuldung der Farmer im Westen und Süden bei den Finanzleuten des Nordostens und die ungeheure Zunahme der nationalen (wie auch der internationalen) Silberproduktion im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts.

1873 war die Ausgabe von Silberdollars abgeschafft worden, da sie im Verhältnis zum Golddollar unterbewertet waren. In diesem Jahr wurde aber in den U.S.A. bereits Silber im gleichen Wert wie Gold gefördert (36 Millionen Dollar), in den nächsten Jahren überflügelte die Silberproduktion die von Gold und erreichte 1890 den Wert von 57 Millionen Dollar. Dies hatte ein starkes Sinken des Silberpreises zur Folge. So traten Mitte der 1870er Jahre die »Silverites« an die Stelle der »Greenbackers«. Sie forderten freie und unbegrenzte Prägung von Silberdollars bei Beibehaltung der geltenden Silber-Gold-Relation. Dies hätte natürlich gleichfalls billiges Geld bedeutet und den Farmern die Rückzahlung ihrer Schulden unter günstigen Bedingungen ermöglicht. Gleichzeitig hätte dies den Interessen der Silberproduzenten in Nevada und anderen Territorien des fernen Westens entsprochen. So propagierte man nun die Wiedereinführung des Silberdollars als

des »Dollars der Väter« und sprach von der Abschaffung der Silbermünzprägung 1873 als vom »Crime of '73«.

1878 brachten die Silberanhänger tatsächlich den »Bland-Allison Act« durch, der die Regierung verpflichtete, monatlich Silber im Wert von 2-4 Millionen Dollar zur hergebrachten Gold:Silber-Relation anzukaufen und in Dollarmünzen auszuprägen. Da die Finanzminister sich stets an der unteren Grenze des Betrages orientierten, änderte das Gesetz weder etwas an der Geldknappheit noch am Verfall des Silberpreises. Es bewirkte aber, dass einige Jahre später (1886) ein neues Zahlungsmittel in Umlauf kam, das durch die infolge der gesetzmässigen Ankäufe ständig wachsenden Silberbestände der Regierung gedeckt war und in Silbermünzen eingelöst werden konnte, die »Silver Certificates«. Sie traten in wachsendem Umfang als Papiergeld neben die Greenbacks, zumal deren Menge ja gesetzlich beschränkt war. Später kamen »Gold Certificates« (»Yellowbacks«) dazu.

Die Silberagitation hielt ungebrochen an und gewann 1889/1890 an Durchschlagskraft, als die sechs silberproduzierenden Territorien im Westen als neue Bundesstaaten in die Union aufgenommen wurden und ihre Abgeordneten nach Washington schickten.

Das Ergebnis war der »Sherman Silver Purchase Act« von 1890, in dem festgelegt wurde, dass die Regierung monatlich 4,5 Millionen Unzen Silber zum Marktpreis zu kaufen hatte. Sie tat dies mit »Treasury notes«, die in Gold- und Silbermünzen einlösbar waren und zwar in der hergebrachten Relation. Dies hatte zur Folge, dass das Schatzamt faktisch die gesamte Silberproduktion der U.S.A. aufkaufen musste, während die Silberpreise weiter sanken, da damals viele Länder den Goldstandard einführten. Dementsprechend wurden massenhaft Greenbacks und Treasury notes in Gold eingelöst, wodurch die Goldreserven der Regierung in bedenklichem Masse reduziert wurden. Diese Unsicherheit führte zur schweren Panik von 1893. Sie veranlasste Präsident Grover Cleveland, noch im gleichen Jahr die Rücknahme des Gesetzes von 1890 durchzudrücken.

Am Ende siegt das Gold

1896 kam es zur letzten und entscheidenden Auseinandersetzung zwischen den Silber- und Goldanhängern. William Jennings Bryan, der Präsidentschaftskandidat der Demokraten, machte sich zum Wortführer der Farmer und Schuldner im Westen und Süden und forderte die Finanzmacht des Nordostens heraus:

»Ihr kommt und erzählt uns, dass die grossen Städte den Goldstandard bevorzugen; wir antworten, dass die grossen Städte auf unseren weiten und fruchtbaren Prärien fundiert sind. Brennt eure Städte nieder und lasst unsere Farmen stehen, und eure Städte werden wie von Zauberhand neu emporschiessen; aber zerstört unsere Farmen, und das Gras wird wachsen in den Strassen einer jeden Stadt in diesem Land ... Wir haben hinter uns die produzierenden Massen der Nation und der Welt,

uns unterstützen die Handelsinteressen, die Interessen der Arbeiterschaft und allerer, die sich irgendwo abmühen; wir wollen die Forderung jener Leute nach dem Goldstandard beantworten, indem wir ihnen sagen: Ihr werdet nicht auf die Stirne der Arbeit diese Dornenkrone drücken, ihr werdet nicht die Menschheit an ein Kreuz von Gold nageln.«

Aber die Entwicklung war nicht aufzuhalten. Hatte die landwirtschaftliche Produktion 1860 noch 50 % des Volksvermögens ausgemacht, sollten es 1910 gerade noch 20 % sein. So verlor Bryan nach einem dramatischen Wahlkampf gegen den Republikaner William McKinley. Henry Adams kommentierte die Niederlage Bryans: »Hundert Jahre lang hatte das amerikanische Volk gezögert, gezaudert, war vorwärts- und rückwärtsgeschwankt zwischen zwei Kräften ... Die Angelegenheit konzentrierte sich nun auf die eine Frage des Goldstandards, und die Mehrheit hat sich schliesslich entschieden, ein für allemal, zugunsten des kapitalistischen Systems mit all seiner Maschinerie.«

1900 machte McKinley mit dem »Gold Standard Act« den Golddollar zu 25,8 Grains von 9/10-Feingehalt zur »standard unit of value«.

Auf dem Weg zur Weltmacht

Im ausgehenden 19. Jahrhundert kam Amerikas »Offenbare Bestimmung« (»Manifest Destiny«), die Erschliessung des Kontinents vom Atlantik bis zum Pazifik, zum Abschluss - die letzten Indianerkämpfe fanden statt, die Westexpansion, die sich über fast drei Jahrhunderte hingezogen hatte, war beendet, die »Grenze« Geschichte geworden. Es dauerte nicht lange, und die U.S.A. verloren ein zweites Charakteristikum, nämlich das des grössten Einwanderungslandes der Geschichte. 1917 wurde damit begonnen, die Immigration zu reglementieren, 1921 führte man Quoten ein, 1929 hörte die Einwanderung auf, ein wesentliches Element der Bevölkerungszunahme darzustellen. In diesem Jahr zählten die U.S.A. 124 Millionen Einwohner.

So sehr die Aufmerksamkeit der meisten Amerikaner auf innenpolitische Vorgänge fixiert war, so liess sich doch um die Jahrhundertwende ein Zug zur Internationalisierung ihrer Aussenpolitik nicht verkennen, wobei durchaus die Grenze zur aggressiven imperialistischen Einmischung überschritten werden konnte. Das galt vor allem für das Auftreten der U.S.A. im lateinamerikanischen Raum, aber auch im Pazifik machten sie in zunehmendem Masse ihre Interessen geltend. Charakteristisch war eine Verbindung von wirtschaftlichem und politischem Druck (»Dollar-diplomacy«), aber auch militärische Interventionen kamen vor. »Ob sie es wollen oder nicht«, schrieb der grosse Theoretiker der Marinestrategie Alfred Thayer Mahan, »die Amerikaner müssen nun anfangen, ihren Blick nach aussen zu richten.« In den zwei Jahrzehnten vor dem 1. Weltkrieg vertrieben die U.S.A. die Spanier aus der westlichen Hemisphäre (Krieg von 1898), setzten sich in den Besitz von Puerto Rico, Hawaii, Wake, Guam, Tutula und der

Philippinen und übten Protektorate über Kuba, Nicaragua und Panama aus, wozu der faktische Besitz des unter amerikanischer Regie gebauten Panamakanals gehörte. Als Präsident Theodore Roosevelt 1905 mit seiner Vermittlung den Russisch-Japanischen Krieg beendete, konnten die Vereinigten Staaten definitiv als eine international respektierte Grossmacht gelten.

Aggressive Dynamik und Expansion kennzeichneten auch die wirtschaftliche Entwicklung der Jahre um die Jahrhundertwende. Eine Flut von Erfindungen veränderte rapide die Produktionsweise der Industrie wie den Alltag der Menschen. Elektrischer Strom, Telephon, Kühlschrank, Verbrennungsmotor, Auto, Flugzeug, mit anderen Worten, die technischen Grundlagen der Zivilisation des 20. Jahrhunderts, wurden innerhalb weniger Jahre zu einem Bestandteil des Lebens. In den U.S.A. erfolgte dank der enormen industriellen Kapazität der Schritt von der blossen Erfindung zum Massenartikel schneller als in irgendeinem anderen Land der Erde. Besonders signifikant waren die bahnbrechenden Methoden, mit denen Henry Ford ein zunächst nur für die Elite erschwingliches Produkt wie das Automobil zu einem Gebrauchsgegenstand für das breite Volk machte, indem er dank Fließbandproduktion 1908 ein Modell für nur 400 Dollar auf den Markt bringen konnte. Zugleich entwickelte er den Ratenkauf, womit er das Kreditwesen revolutionierte und den Grundstein legte für ein System, das dem Durchschnittsbürger eine Steigerung seines Lebensstandards ermöglichte, indem die Reihenfolge von Sparen und Konsum umgedreht wurde. »Der Verbrauch muss demokratisiert werden«, schrieb Ford, »Konsumenten-Kredit ist das beste Mittel, um schneller die Klassenunterschiede zu beseitigen.« Waren im ganzen Jahr 1900 in den U.S.A. nur etwas über 4.000 Kraftwagen produziert worden, so liefen 1920 an einem Tag 6.000 Automobile allein in den Detroit Ford-Werken vom Fließband. In enger Verbindung mit dem Aufstieg der Automobilindustrie nahmen die Erdölproduktion und der Strassenbau explosionsartig zu.

Finanzbarone und Bankriesen

In beängstigendem Ausmass wuchs die Konzentration ökonomischer Macht durch die schon beschriebene Bildung schwer durchschaubarer »Trusts«. Mehrere Präsidenten, ganz besonders der Reform-Republikaner Theodore Roosevelt, gingen auf der Basis des »Sherman Anti-Trust-Act« von 1890 gegen die übermächtigen Wirtschaftsorganisationen vor, doch hatten sie nur recht bescheidenen Erfolg damit. Die schwere »Panik« von 1907 wurde ganz wesentlich den Machenschaften der untereinander verflochtenen Finanzkreise zugeschrieben, die New Yorker Wall Street wurde zum Schreckgespenst der Nation. Ein vom Kongress eingesetzter Untersuchungsausschuss (Pujo-Committee) kam 1912 zu dem Ergebnis, dass die von Morgan und Rockefeller kontrollierten New Yorker Bankimperien 341 Direktorenstellen mit Ressourcen von über 22,24 Milliarden Dollar umfassten. Dies schürte natürlich den seit Jahren schwelenden Volkszorn auf Trusts, Grosskapital

und korrupte Kommunalpolitiker, der durch die journalistischen Enthüllungskampagnen der »muckrakers« zusätzliche Nahrung erhielt.

Als 1913 mit dem Wahlsieg Woodrow Wilsons die seit dem Bürgerkrieg fast ununterbrochen regierenden Republikaner von den Demokraten abgelöst wurden, nahm man unverzüglich eine Bank- und Währungsreform in Angriff. »Wir müssen eine Währung haben, die nicht starr wie die jetzige ist, sondern leicht und elastisch auf soliden Kredit reagiert«, erklärte der neue Präsident dem Kongress, »Und die Kontrolle dieses Bank- und Geldausgabesystems, das unsere neuen Gesetze schaffen sollen, muss öffentlich sein, nicht privat, muss in der Regierung selbst gegründet sein, so dass die Banken die Instrumente des Geschäftslebens, des individuellen Unternehmertums und der Privatinitiative sind, nicht aber ihre Herren.«

Der »Federal Reserve Act« vom 23. Dezember 1913 schuf ein nationales Banksystem auf der Grundlage einer dezentralisierten regionalen Struktur. Das Land wurde in 12 Distrikte eingeteilt mit jeweils einer Federal Reserve Bank (District Bank). Diesen Banken mussten alle nationalen Banken beitreten, die Banken der Einzelstaaten konnten sich anschliessen. Innerhalb von 10 Jahren wurden 70 % der Bankressourcen vom Federal Reserve-System kontrolliert, über das ein »Board« die Aufsicht führte, dessen Mitglieder der Regierung angehörten bzw. vom Präsidenten ernannt wurden. Die Federal Reserve Banks gaben die zu 40 % mit Gold gedeckten »Federal Reserve notes« heraus, die nach dem 1. Weltkrieg zum dominierenden Zahlungsmittel werden sollten (5 \$-Noten aufwärts bis zu 10.000 \$).

Das Federal Reserve-System erwies sich als ein flexibel den schwankenden regionalen Bedürfnissen angepasster Ersatz für die von Andrew Jackson 70 Jahre zuvor abgeschaffte Zentralbank. Es leitete auch die von den Demokraten getragene stärkere Einflussnahme des Staates auf die Finanz- und Währungsverhältnisse ein.

Gleichfalls im Einklang mit der Linie der Demokraten stand eine weitere Massnahme Woodrow Wilson aus dem Jahre 1913, nämlich die Senkung der von den Republikanern eingeführten extrem hohen Schutzzölle. Zwar bedeutete der neue »Underwood tariff« keineswegs die Einführung des freien Handels, doch gingen die Zölle von durchschnittlich 37 % auf 27 % zurück. Um einen Ausgleich für die geringeren Zolleinnahmen des Bundes zu schaffen, wurde im gleichen Jahr eine gestaffelte Einkommenssteuer beschlossen.

Trotz diesen zukunftsweisenden Initiativen wurde die amerikanische Wirtschaft gerade in den Jahren 1913 und 1914 von einer bösen Panik geschüttelt, die teilweise auf die Überkapazitäten der Industrie, insbesondere der Stahlproduktion, teilweise auf die Rückforderung ausländischen Kapitals infolge der gleichzeitigen Krise in Europa zurückzuführen war. Der ausbrechende 1. Weltkrieg verschärfte zunächst diese Schwierigkeiten, entwickelte sich bald aber schon zur grössten Stimulanz, welche die amerikanische Wirtschaft bis dahin erhalten hatte. Und das

sollte ökonomische und politische Auswirkungen haben, durch welche die Vereinigten Staaten ein für allemal aus ihrer Isolation gerissen und auf den Weg zur Supermacht des 20. Jahrhunderts gebracht wurden.

»Over there!« - Der 1. Weltkrieg und seine Folgen

Zwar traten die U.S.A. erst 1917 in den 1. Weltkrieg ein, doch hatte der Konflikt von Anfang an gewaltige Auswirkungen für das Land. Die Regierung Wilson versuchte zunächst, sich korrekt an die Neutralitätsbestimmungen zu halten, obwohl die Sympathien der grossen Mehrheit der Bevölkerung klar auf Seiten der Alliierten war. Weder sollten Kredite an Kriegführende gegeben noch Munition geliefert werden. Die ökonomischen Sachzwänge waren aber stärker. Schon 1904/1905 hatten die Stahl- und Schiffsproduktion eine enorme Ausweitung erfahren, als man die Japaner für ihren Krieg gegen Russland belieferte. Der Rückgang des Bedarfs nach Friedensschluss hatte eine kritische Entwicklung in diesen Industriezweigen eingeleitet. Der grosse Krieg in Europa bot nun die Möglichkeit, die vorhandenen Überkapazitäten voll auszulasten und den amerikanischen Aussenhandel aufblühen zu lassen. Ein Jahr nach Kriegsausbruch waren die U.S.A. und die Alliierten wirtschaftlich so miteinander verflochten, dass eine Lösung dieser Beziehungen für die Vereinigten Staaten den Ruin und für Grossbritannien und Frankreich die Niederlage bedeutet hätte.

Dass das Potential der U.S.A. in so einseitiger Weise den Alliierten zugute kam, hing einmal mit politischer Sympathie zusammen, zum anderen mit dem Umstand, dass die Alliierten dank der britischen Seeüberlegenheit eine sehr wirksame Blockade über die Mittelmächte verhängt hatten. 1915 wurde das Bankhaus John Pierpont Morgan zum offiziellen Handelsagenten der Briten und Franzosen in Amerika und vermittelte hohe Kredite. Noch während ihrer Neutralität lieferten die U.S.A. den Alliierten Güter im Werte von sieben Milliarden Dollar, drei Milliarden davon auf Anleihe. Dieser Boom kam nicht nur der Stahl-, Munitions- und Schiffbauindustrie sowie anderen unmittelbar kriegsorientierten Wirtschaftszweigen zugute, sondern beispielsweise auch den Farmern. So verelfachte sich zwischen 1913 und 1917 der Wert der Weizenproduktion.

Wirtschaftliche Verflechtung, politisch-ideologische Sympathie und die Provokation durch den deutschen U-Bootkrieg trugen so gleichermassen dazu bei, dass die Vereinigten Staaten am 6. April 1917 dem Deutschen Reich den Krieg erklärten. Die Mobilisierung und Rationalisierung des amerikanischen Wirtschaftspotentials wurde dem »War Industries Boards« (WIB) anvertraut, der unter der Leitung des Wall Street-Maklers Bernard Baruch stand. Baruch wurde während des Krieges zu einer Art Wirtschaftsdiktator. Der WIB reglementierte die Herstellung von 30.000 Artikeln, verfügte Höchstpreise, griff ins Arbeitsrecht ein, nahm die Eisenbahnen in staatliche Regie und drosselte den landwirtschaftlichen Eigenkonsum im Interesse gesteigerten Exports an die Alliierten. Noch nie hatte die

Ökonomie der U.S.A. so tiefgreifende staatliche Eingriffe erlebt. Die Massnahmen dienten später als Modell für Franklin Delano Roosevelts New Deal-Strategie.

»The business of the United States is business«

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die U.S.A. mit ihrem enormen Potential den 1. Weltkrieg zugunsten der Alliierten entschieden haben. In finanzpolitischer Hinsicht bestand das wichtigste Ergebnis des Krieges darin, dass die U.S.A. von einer Schuldnation zu einer Gläubigernation grössten Stils wurden. 1914 waren die Vereinigten Staaten mit vier Milliarden Dollar im Ausland verschuldet gewesen, 1918 hatten sie ein Guthaben von elf Milliarden. Die Rückzahlung dieser Schulden kostete die einstigen Kriegsverbündeten der U.S.A. fast ihre ganzen Goldreserven und führte zur Aufgabe des Goldstandards in den europäischen Ländern. Da die Vereinigten Staaten unter den republikanischen Nachfolgern Wilsons wieder zur Hochzollpolitik zurückkehrten, war es den Europäern auch geradezu unmöglich gemacht, ihre Schulden durch Exporte zu begleichen. Die finanziellen Auswirkungen des 1. Weltkrieges, so segensreich sie für die U.S.A. zunächst waren, führten langfristig doch zu schweren internationalen Wirtschaftskrisen, deren Opfer auch die Amerikaner selbst wurden.

Die Zweiseitigkeit des kriegsbedingten Booms zeigte sich bereits in der Ausgabenpolitik der Bundesregierung, deren Verschuldung von 1914 bis 1919 von 1 Milliarde Dollar auf die bis dahin ganz unvorstellbare Summe von 26,6 Milliarden Dollar stieg. Dies war natürlich eine Folge der immensen Kriegsausgaben. 26 Milliarden Dollar betrug die unmittelbaren Kriegskosten der U.S.A., die zu einem Drittel aus Steuern, zu zwei Dritteln aus Anleihen aufgebracht worden waren, dazu kamen über zehn Milliarden, die man den Alliierten geliehen hatte. Mit Zinsverlusten und Pensionszahlungen addierten sich bis 1936 Kriegskosten in der Höhe von 42 Milliarden.

Der allergrösste Teil dieses Geldes einschliesslich der an die Verbündeten geliehenen Summen war innerhalb des Landes ausgegeben worden, so dass es der wirtschaftlichen Entwicklung und der positiven Aussenhandelsbilanz zugutekam. Obwohl das Ende des 1. Weltkrieges zu einem scharfen Rückgang der Exporte führte und die florierende Agrarwirtschaft in eine Dauerkrise stürzte, wurde die Rezession der Jahre 1920 und 1921 schon bald durch eine bis zum Ende der »Golden Twenties« andauernde Prosperität ersetzt. Viele Industriezweige expandierten kräftig, allen voran die Automobilproduktion, der Strassenbau und die Ölindustrie.

Der idealistische Internationalismus der Wilson-Ära machte Enttäuschung und Isolationismus Platz. Man wünschte die Rückkehr zur »Normalcy«, die Reduzierung der staatlichen Eingriffe, die Senkung der Steuern und wollte von ausseramerikanischen Angelegenheiten möglichst wenig wissen. Trefflich verlieh

Präsident Calvin Coolidge der allgemeinen Stimmung Ausdruck, als er verkündete:
 »The business of the United States is business.«

Die grosse Depression und der »New Deal«

Als Herbert Hoover, der im Krieg mit brillantem Erfolg die Landwirtschaft organisiert hatte, 1928 die Wahlen gewann, sah man in Amerika mit Optimismus in die Zukunft. Trotz Inflation konnte der Dollar seinen Goldwert behaupten. Wie so häufig in der Geschichte der U.S.A. führten Prosperität und Optimismus zu einem ungesunden Spekulationsfieber, das mit Schuldenmacherei im grössten Stil einherging. Die private und öffentliche Verschuldung der U.S.A. betrug zusammengenommen am Ende der 20er Jahre zwischen 100 und 150 Milliarden Dollar. Im Oktober 1929 zerplatzte diese grosse Seifenblase. Am 21. begannen die Kurse zu fallen, am 29. trat mit dem »stock market crash« die Katastrophe ein. An diesem einen Tag fielen die New Yorker Aktienkurse um 15 Milliarden Dollar, das Vierfache der gesamten Bundesausgaben in jenem Jahr. Mit dem Börsenkrach an der Wall Street setzte die berühmte »Great Depression« ein, die im Gegensatz zu früheren Paniken nicht binnen weniger Jahre überwunden war, sondern sich mehr als ein Dutzend Jahre hinziehen sollte. Die Grosse Depression entwickelte sich zur schwersten Krise, welche die U.S.A. seit dem Bürgerkrieg durchgemacht haben.

Das Paradoxe an der Situation war, dass sie ein Resultat der enormen Leistungskraft der amerikanischen Wirtschaft und der starken Stellung des Dollar darstellte. 1929 lebten in den U.S.A. 6 % der Weltbevölkerung, doch produzierte man dort 77 % der Automobile, 68 % des Mineralöls, 56 % der Baumwolle, 47 % des Rohstahls, 40 % der Kohle, 21 % des Weizens auf der ganzen Welt. Und dabei hatten die amerikanische Industrie und Landwirtschaft schon längst aufgehört, ihre Kapazitäten voll auszuschöpfen. Das Dilemma war, dass weder die nationale und schon gar nicht die internationale Kaufkraft mit dieser Überproduktion Schritt gehalten hatten.

Die Kettenreaktion, die der New Yorker Börsenkrach auslöste, griff schon bald nach Europa über. Amerikanische Geldgeber hatten nach dem Krieg hohe Auslandsinvestitionen getätigt, die nun zum Erliegen kamen. Das machte die europäischen Schuldner der U.S.A. vollends zahlungsunfähig mit katastrophalen Folgen für ihre Währungen. Grossbritannien, Deutschland und eine Reihe weiterer Länder sahen sich gezwungen, 1931 die Golddeckung ihrer Währungen aufzugeben. Die Masse des aus den europäischen Schuldnerländern in die U.S.A. abfliessenden Goldes ermöglichte es diesen dagegen, den Goldstandard aufrechtzuerhalten, womit der Dollar das britische Pfund als Leitwährung der Welt ablöste. So stolz sich diese Leistung ausnahm, die Folgen waren auch für die U.S.A. zunächst einmal verheerend. Ihre Wirtschaft, die 1931 erste Anzeichen der Erholung gezeigt hatte, wurde durch die europäische Zahlungsunfähigkeit noch tiefer in die Depression gestürzt. Tausende von Banken mussten die Tore

schliessen, und es war kein Ende abzusehen, da die Kunden, die kein Zutrauen mehr zur Sicherheit ihrer Anlagen hatten, massenhaft die Geldinstitute stürmten und ihre Guthaben in Banknoten oder in Gold ausbezahlt haben wollten.

Die Ära Roosevelt

Die Depression hatte zur Folge, dass die Wähler den seit 1920 regierenden Republikanern davonliefen und 1932 dem Demokraten Franklin Delano Roosevelt zu einem triumphalen Sieg verhalfen. Die nächsten Jahre sollten in der Tat die tiefgreifendsten währungspolitischen Veränderungen bringen, welche die U.S.A. bisher erlebt hatten. Roosevelt plante ein umfangreiches Reformprogramm, das eine wesentlich stärkere Einflussnahme der Bundesregierung auf das Sozial- und Wirtschaftsleben der U.S.A. voraussetzte und das unter Wahrung der individuellen Freiheit die Auswüchse des extrem individualistischen laissez-faire, wie es die Republikaner verteidigten, beseitigen und einen liberal-sozialen Wohlfahrtsstaat schaffen sollte. Für dieses Programm wurde das griffige Schlagwort des »New Deal« gefunden.

In seiner Antrittsrede verkündete Roosevelt am 4. März 1933: »Ich werde den Kongress um das einzige noch bleibende Mittel ersuchen, der Krise zu begegnen, - umfassende Exekutivgewalt, um Krieg zu führen gegen die Notlage, eine Gewalt so gross, wie sie mir gewährt würde, wenn wir tatsächlich die Invasion eines ausländischen Feindes erlebten ... Die Menschen der Vereinigten Staaten verlangen nach Disziplin und richtungsweisender Führung. Sie haben mich zum gegenwärtigen Instrument ihrer Wünsche gemacht.«

In der Tat berief sich der frischgebackene Präsident auf Kriegsrecht, als er zwei Tage nach seiner Amtseinführung einen einwöchigen »Bank Holiday« verordnete, womit alle Transaktionen zum Stillstand kamen. Damit sollte die Panik beruhigt werden, mit der die Leute ihre Bankguthaben sichern wollten. Am 12. März warb er im Rundfunk mit seinem ersten »Kamingespräch« (»fireside chat«) in psychologisch meisterhafter Weise um Verständnis für seine Massnahmen: »Ich möchte mit dem Volk der Vereinigten Staaten einige wenige Minuten über Bankgeschäfte reden - mit den verhältnismässig wenigen, die verstehen, wie eine Bank funktioniert, aber besonders mit der überwältigenden Mehrheit, die Banken gebraucht, um Konten zu unterhalten und Schecks zu ziehen. Ich möchte Ihnen erzählen, was wir in den letzten Tagen gemacht haben, warum es gemacht wurde, und was die nächsten Schritte sein werden ... Da das Vertrauen der Öffentlichkeit unterhöhlt war, versuchte ein grosser Teil unserer Bevölkerung überstürzt, sich Guthaben in Banknoten oder Gold auszahlen zu lassen – ein Ansturm, der so gross war, dass auch die solideste Bank nicht genug Geld aufbringen konnte, um den Bedarf zu decken. Der Grund dafür war, dass es unter dem Druck des Augenblicks natürlich unmöglich war, vollkommen solide Aktiva einer Bank zu verkaufen und sie in Bargeld umzuwandeln ausser zu Panikpreisen weit unter ihrem echten Wert ...

Es braucht keinen Propheten, um Ihnen zu sagen dass, sobald die Leute herausgefunden haben, dass sie ihr Geld bekommen – dass sie es bekommen, wenn sie es für jeden legitimen Zweck benötigen -, dass dann das Phantom der Furcht bald verschwinden wird. Die Leute werden froh sein, wenn sie ihr Geld wieder dorthin bringen können, wo es in sicherer Obhut ist und wo sie es bequem zu jeder Zeit nutzen können. Ich kann Ihnen versichern, dass es sicherer ist, Ihr Geld auf einer der wiedereröffneten Banken liegen zu haben als unter der Matratze ... Wir haben für die Maschinerie gesagt, um unser Finanzsystem wieder in Ordnung zu bringen; es ist nun an Ihnen, Ihre Unterstützung zu geben und es zum Funktionieren zu bringen.«

Das Volk liess sich vom Präsidenten überzeugen – bis Ende April wurden zwei Milliarden Dollar aus dem Umlauf gezogen und wieder den Banken anvertraut. Zu den Massnahmen, die entscheidend zur weiteren Beruhigung beitrugen, gehörte der im Juni erlassene »Banking Act«, mit dem eine »Federal Deposit Insurance« beschlossen wurde, die die Zahlungsfähigkeit der Banken sicherstellen und Kettenreaktionen verhindern sollte, indem die Guthaben bis zu einer bestimmten Höhe versichert wurden. 1934 nahm der Staat die wilde Spekulation durch den neugegründeten »Federal Reserve Board« unter seine Aufsicht. Vor allem aber waren es die enorm gesteigerten Bundesausgaben, die den Schwerpunkt der Finanz- und Währungspolitik von der Wall Street nach Washington verlagerten. Sie waren einmal erforderlich, um das Reformprogramm des »New Deal« wenigstens teilweise zu verwirklichen, zum anderen waren sie Teil der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, denn 1933 zählte man in den U.S.A. 13 Millionen Arbeitslose. So blieb der Regierung kaum etwas anders übrig, als die von dem britischen Wirtschaftswissenschaftler John M. Keynes propagierte defizitäre Ausgabenpolitik anzuwenden, von der man sich eine Ankurbelung der Konjunktur und langfristig steigende Steuereinnahmen erhoffte. Zwischen 1933 und 1940 stieg die Bundesverschuldung von 22 auf 42 Milliarden Dollar. Als 1937 versucht wurde, die Ausgaben zu drosseln, um das Budget auszugleichen, hatte dies prompt einen erneuten wirtschaftlichen Einbruch zur Folge.

Der Goldschatz

Neben der Arbeitslosigkeit stellte die Agrarkrise das schwerste Dauerproblem dar, mit dem sich die New Dealers auseinanderzusetzen hatten. Die Preise für Landwirtschaftsprodukte waren zu Beginn der 30er Jahre auf die Hälfte des Niveaus von 1914 gesunken. Hier sollte eine Abwertung des Dollar Abhilfe schaffen. 1933 erging das »Thomas Amendment«, durch das bestimmt wurde, dass Münzen aus Silber und billigerem Material ohne jede Beschränkung als vollgültige Zahlungsmittel gelten und auch zu jeder Form der Schuldentrückzahlung zugelassen wurden. Zugleich erhielt der Präsident die Vollmacht, den Dollar im Verhältnis zu Gold bis zu 50 % abzuwerten. Den Lehren des Ökonomen G. F. Warren folgend, kaufte die Regierung im In- und Ausland Gold zu hohen Preisen auf, um dadurch

den Dollarkurs zu senken. Als sich dies als wenig effektiv erwies, wertete der Kongress auf Roosevelts Vorschlag durch den »Gold Reserve Act« vom 30. Januar 1934 den Dollar um 40,94 % ab. Gleichzeitig zog man Goldmünzen und Goldbarren aus dem Umlauf, indem man ihren Besitz unter Strafe stellte. Dies sollte Panikkäufe wie die von 1933 verhindern. Die enormen und ständig steigenden Goldbestände, über welche die U.S.A. verfügten, wurden auf diese Weise nationalisiert und ab 1936 in Fort Knox in Kentucky gehortet. Die Golddeckung des Papiergeldes blieb aber bestehen, doch war die Dollarwährung vom »gold coin standard« zum »gold management standard« übergewechselt (»Goldkernwährung«).

Die Abwertung des Dollars durch Roosevelt stellt ein währungspolitisches Unikum dar. Sie wurde nicht aus inflationären Sachzwängen beschlossen, sondern zu dem innenpolitisch bedingten Zweck, ein Steigen der Agrarpreise zu bewirken. Diese Wirkung blieb aber vorerst weit hinter den Erwartungen zurück, wie überhaupt viele der wirtschaftlichen Initiativen der New Dealers erst unter den besonderen Bedingungen des 2. Weltkrieges wirklich zu greifen begannen.

Die Agrarpreiskrise liess auch die Anhänger einer bimetallischen Währung wieder lautstark die Bühne betreten. Vor allem aber waren es die Interessenvertreter der sechs grossen Silberstaaten in den Rocky Mountains, die darauf drängten, dass das Schatzamt im grossen Stil Silber übernahm und den Silber- neben dem Goldstandard gelten liess. Da Roosevelt die Stimmen der Senatoren aus den Silberstaaten dringend brauchte, um sein New Deal-Programm durch den Kongress zu bringen, kam im Juni 1934 der Silver Purchase Act zustande. Er bestimmte, dass das Schatzamt Silber aufzukaufen hatte, bis der Marktpreis \$1.29 pro Unze erreicht hatte und Silber ein Viertel der Edelmetallreserven des Bundes ausmachten. Allerdings gab es Möglichkeiten, diese Bestimmungen nur halbherzig auszuführen, so dass es schliesslich doch nicht zur Einführung einer eigentlichen bimetallischen Währung kam. Immerhin hatte die Silberpolitik Roosevelts zur Folge, dass der Silberpreis 1935 erheblich anstieg, was zwar die U.S.A. wenig tangierte, aber ausgesprochen verheerende Auswirkungen auf die asiatischen Silberwährungen hatte, vor allem auf die chinesische.

Als sich Ende der 30er Jahre der politische Horizont immer mehr verdüsterte und der Ausbruch des 2. Weltkrieges sich abzuzeichnen begann und schliesslich Wirklichkeit wurde, waren die Vereinigten Staaten noch keineswegs der Grossen Depression entronnen, doch hatte der New Deal vielfältige Neuansätze gebracht und vor allem der Nation Selbstvertrauen eingeflösst. International galt das Land mehr denn je als ein Hort relativer Sicherheit, seine Währung neben dem Schweizer Franken als die bestgedeckte. 1934—1939 stiegen die Goldvorräte der Bundesregierung von 8 auf 18 Milliarden Dollar. Der Krieg beschleunigte die Goldakkumulation noch weiter. Allein im Jahr 1940 wuchs der Bestand in Fort Knox um weitere 4,4 Milliarden.

Der 2. Weltkrieg und die Weltherrschaft des Dollar

In mancher Hinsicht ähnelte die Situation in den ersten Jahren des 2. Weltkrieges derjenigen, in der sich die U.S.A. vor ihrem Eintritt in den 1. Weltkrieg befunden hatten. Obwohl sie offiziell bis Dezember 1941 den Status einer neutralen Macht hatten, lagen nicht nur die Sympathien der Amerikaner klar auf alliierter Seite, sondern ihre Regierung begünstigte mit ihrer Wirtschaftspolitik auch in einer mit Neutralität kaum mehr zu vereinbarenden Art und Weise Grossbritannien und die anderen gegen die Achsenmächte kämpfenden Nationen. Trotzdem zeigte die grosse Mehrheit der Bevölkerung wenig Neigung, aktiv in den Konflikt einzugreifen, bevor der Überfall auf Pearl Harbour den amerikanischen Kampfgeist erregte.

Krieg und Wirtschaftsboom

Der neue Krieg erwies sich als eine noch gewaltigere Stimulanz für die U.S.-Wirtschaft als der 1. Weltkrieg. Die Regierung liess alle Hemmungen beim »deficite spending« fallen. 320 Milliarden Dollar gab sie während der Kriegsjahre aus, das war das Doppelte sämtlicher Ausgaben, welche die Bundesregierung seit Gründung der Republik getätigt hatte. Trotz drastisch angehobener Besteuerung vor allem der oberen Einkommensklassen, konnte nur der kleinste Teil dieses Betrags aus Abgaben bestritten werden. So erhöhten sich die Schulden des Bundes bis 1945 auf 280 Milliarden Dollar, das Sechsfache der Verschuldung von 1941, die in Wirtschaftskreisen bereits als verantwortungslos gegolten hatte. Der Geldumlauf steigerte sich von sechs Milliarden Dollar im Jahre 1939 auf 27 Milliarden sechs Jahre später, wovon 23 Milliarden Federal Reserve Notes waren. Trotzdem hielt sich die Inflation mit 33 % in Grenzen (im 1. Weltkrieg hatte sie 60 % betragen).

Insgesamt bestätigte der Krieg die Lehren von Keynes voll und ganz. Die enormen Ausgaben der Regierung bewirkten einen noch nie dagewesenen Wirtschaftsboom, der mit der Grossen Depression endgültig Schluss machte. Wehrdienst und Rüstungsproduktion (1940—1945 wurden allein 300.000 Flugzeuge hergestellt) sorgten für Vollbeschäftigung. Das Nettoeinkommen des Farmers erhöhte sich zwischen 1940 und 1945 um 200 %, das des Industriearbeiters immerhin um 70 %.

Als der Krieg 1945 mit dem vollständigen Sieg der Alliierten endete, standen die U.S.A. als die wirtschaftlich, militärisch und politisch mächtigste Nation aller Zeiten da. Im Gegensatz zu den anderen Siegermächten – von den Verlierern ganz zu schweigen – hatten die Vereinigten Staaten weder grosse Menschenverluste hinnehmen müssen, noch war ihr Gebiet durch feindliche Besatzung, durch Luftangriffe oder sonstige Zerstörungen in Mitleidenschaft gezogen worden. Ihre Industrie und ihre Landwirtschaft konnten ihre volle Leistungskraft entfalten, und ein Ende des Booms schien noch nicht absehbar, da nur die U.S.A. in der Lage waren, die Bedürfnisse der an den Kriegsfolgen leidenden Länder zu erfüllen. So folgten auf den 2. Weltkrieg nicht, wie sonst üblich, Regression und Deflation,

vielmehr hielten die hohen Staatsausgaben und die wirtschaftliche Expansion ungebrochen an.

Dies lag freilich nicht nur daran, dass die U.S.A. den Wiederaufbau in Europa und Ostasien leiteten, sondern am Fortdauern einer kriegsähnlichen Situation, für die sich bald die Bezeichnung »Kalter Krieg« einbürgerte. Die mehr als vier Jahrzehnte andauernde Konfrontation mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten, die sich unmittelbar aus der Lage am Ende des 2. Weltkrieges entwickelte, war verbunden mit Stellvertreterkriegen im Nahen und Fernen Osten und in der Dritten Welt, in welche die U.S.A. in Form der Kriege in Korea und Vietnam auch zweimal unmittelbar involviert wurden, und vor allem mit einem Wettrüsten, das dank der Atombombe und dank anderer technischer Neuerungen eine noch nie gekannte Dimension und existenzbedrohende Eigengesetzlichkeit erhielt. Zwangsläufig führte dies zu einer engen und politisch einflussreichen Verflechtung militärischer und industrieller Interessen, dem »Militärisch-Industriellen Komplex«, vor dem der ehemalige Oberbefehlshaber der Westalliierten und spätere Präsident Dwight D. Eisenhower 1961 in seiner Abschiedsrede warnte.

Macht des Geldes, Macht der Welt

Die einzigartige Stellung, welche die amerikanische Wirtschaftsmacht am Ende des 2. Weltkrieges errungen hatte, machte es unvermeidlich, dass der Dollar ausserhalb des kommunistischen Machtblocks zur absolut dominierenden Währung wurde. Zu diesem Zeitpunkt besaßen die U.S.A. vier Fünftel des gesamten Goldbestandes der Welt. Noch vor Kriegende hatten sich im Juli 1944 in Bretton Woods im Bundesstaat New Hampshire Vertreter von 44 Ländern zusammengefunden, um ein Weltwährungssystem zu schaffen, das eine Neuauflage der Folgen des 1. Weltkrieges auf diesem Gebiet verhindern sollte. Wie nicht anders zu erwarten, setzten die U.S.A. ihre Vorstellungen weitgehend durch.

Das Ergebnis war der Weltwährungsfond (»International Monetary Fund«), dessen Aufgabe darin bestehen sollte, »die Stabilität der Wechselkurse zu fördern, ordentliche Wechselarrangements aufrechtzuerhalten und Abwertung als Mittel des wirtschaftlichen Wettbewerbs zu vermeiden«. Als Währungseinheit (»monetary unit«) wurde der Dollar von 15 5/21 grains zu 9/10 Feingold bestimmt. Damit trat faktisch erstmals eine nationale Währung als internationales Zahlungsmittel an die Stelle des Goldes. Zu dieser Basiswährung standen die anderen Währungen in einem festen, nur unter bestimmten Bedingungen zu ändernden Wechselverhältnis. Das bedeutete natürlich, dass die primär von innenpolitischen Rücksichten geleitete Finanz- und Währungspolitik der U.S.A. unmittelbare Auswirkungen auf die Währungen der dem Abkommen von Bretton Woods beigetretenen Länder haben musste.

In Folge der immer gewaltigeren Defizite der Bundesregierung und der wieder und wieder beängstigend ansteigenden Inflationsraten sollten die Auswirkungen dieses

Systems auf die Weltwirtschaft im Laufe der 60er Jahre beängstigend werden. Der Dollar war schon zum Zeitpunkt von Bretton Woods dem Gold gegenüber real überbewertet gewesen. Nicht zuletzt diese Überbewertung war es, die dafür sorgte, dass um die Wende von den 60er zu den 70er Jahren die amerikanische Handelsbilanz negativ wurde. Hierzu trugen auch die teils politisch, teils wirtschaftlich bedingten enormen Auslandsinvestitionen sowie die »Multinationalisierung« der grossen, einer immer stärkeren Konzentration unterliegenden Konzerne bei. Die infolge von Defizit und Inflation stetig wachsende Geldmenge machte die 1945 festgelegte Golddeckung des Dollar zu 25 % allmählich illusorisch. Präsident Richard Nixon zog hieraus die Konsequenz, indem er 1969 für den Dollar als letzter der grossen Währungen die Golddeckung abschaffte. Seitdem ist auch der Dollar eine »manipulierte Papierwährung« ohne inneren Wert. Wenige Jahre später, 1973, wurde das schon vielfach ausgehöhlte System von Bretton Woods aufgegeben, die Ära des Dollar als international anerkannter Leitwährung war beendet.

Die Rolle des Dollar als bedeutendste und einflussreichste Währung der modernen Welt ist jedoch noch keineswegs ausgespielt. Der haltlose Zusammenbruch des Sowjetsystems, des grossen machtpolitischen Konkurrenten, schuf Ende der 80er Jahre eine völlig neue Situation und öffnete dem Dollar auch die bisher verschlossenen Gebiete der Ostblockstaaten. Das jahrzehntelange, immer stärker eskalierende Wettrüsten hatte die systemimmanenten Schwächen der sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wie ein Katalysator hervortreten lassen und entscheidend zum Ende der kommunistischen Diktatur beigetragen. Damit ist der grosse Sieg, mit dem die U.S.A. den Kalten Krieg beenden konnten, nicht zuletzt ein Sieg der amerikanischen Wirtschaftskraft und damit des Dollar gewesen. Freilich haben die ungeheuren Defizite, mit denen die Vereinigten Staaten diesen Sieg erkaufte haben, auch ihre eigene ökonomische Stellung angeschlagen. Wie sich die Nation von dieser Überanstrengung erholen wird, wie sie mit den Herausforderungen fertig wird, die von den im Chaos versinkenden Überresten des Sowjetimperiums, von einem sich einigenden (?) Europa, von den Erdölländern und von den vielfachen Problemen der Dritten Welt ausgehen, wird auch über die künftige Geltung des Dollar entscheiden.